

Kurzfassung über die wissenschaftliche Aufarbeitung der Biografien der Stormarner Landräte zwischen 1919 bis 1975

Ziel des Projektes, das durch die Sparkassen-Kulturstiftung Stormarn gefördert wurde, war eine fundierte wissenschaftliche Aufarbeitung der Biografien der Stormarner Landräte zwischen 1919 und 1974. Insbesondere sollte untersucht werden, inwieweit die Landräte in Beziehung zu nationalsozialistischen Strukturen und Funktionären standen, in welchen NS-Organisationen sie Mitglied waren und welche Rolle sie dort gespielt haben, welche Einstellung sie zur NS-Ideologie hatten und ob sie an Kriegsverbrechen oder sonstigen NS-Unrechtstaten beteiligt oder für diese verantwortlich waren.

Die Ergebnisse basieren auf Dokumente und Auskünfte aus folgenden Archiven und Institutionen: Bundesarchiv (BArch) Standorte Berlin, Koblenz, Freiburg und Ludwigsburg; Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU); Landesarchiv Schleswig-Holstein; Niedersächsisches Landesarchiv Standort Hannover; Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Westfalen; Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Rheinland; Staatsarchiv Hamburg; Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar; Kreisarchiv Stormarn; Kreisarchiv Ahrweiler; Stadtarchiv Bad Oldesloe; Kreisarchiv Lüchow-Dannenberg; Stadtarchiv Lübeck; Stadtarchiv Düsseldorf; Kreisverwaltung Steinburg; Amtsarchiv Trittau; Stadtarchiv Lüdenscheid; Gemeinsames Archiv des Kreises Steinburg und der Stadt Itzehoe; Stadtarchiv Reinbek; Stadtarchiv Reinfeld; Stadtverwaltung Bad Neuenahr-Ahrweiler; Gemeinde Großhansdorf; Historisches Centrum Hagen/ Stadtarchiv Hagen; Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD); Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.-Wissenschaftliche Dienste/Archiv; Wendland-Archiv; Institut für Zeitgeschichte, Abteilung Berlin; Die Lübecker Museen (Fotoarchiv); Deutsches Schifffahrtsmuseum Bremerhaven; Internationales Maritimes Museum Hamburg und der Kreis Steinburg.

Der Schwerpunkt dieser Kurzfassung liegt auf den Tätigkeiten der Landräte zur Zeit des Dritten Reiches und erfolgt chronologisch nach ihrer Amtszeit.



Friedrich Knutzen (1881-1938) stammte aus einfachen, kleinbürgerlichen Verhältnissen. Politisch vertrat er einen linksliberalen Kurs und gehörte von 1920 bis 1933 der Deutschen Demokratischen Partei bzw. der Deutschen Staatspartei an. Während der gesamten Zeit der Weimarer Republik war er Landrat des Kreises Stormarn und seine Leistungen fanden übergreifend bei allen demokratischen Parteien Anerkennung. Mit Beschluss vom 15. März 1933 wurde Knutzen in den einstweiligen Ruhestand versetzt, denn ein breites Bündnis aus bürgerlich-nationalen Kräften bis hin zur NSDAP drängte auf seine Abberufung. Um in den Staatsdienst zurückkehren zu können, versuchte Knutzen sich mit den neuen politischen Verhältnissen zu arrangieren ohne eine offene opportunistische Haltung einzunehmen. Trotz des Protestes der Kreisleitung Stormarn der NSDAP konnte Knutzen im September 1933 eine Dienststelle bei der Regierung in Schleswig antreten, da sein Wissen *unentbehrlich für die besonders schwierigen Probleme der großstädtischen Umsiedlung- und der territorialen Neugliederung des Reichsgebiets* war, so der damalige Regierungspräsident. Seine berufliche Tätigkeit brachte es jedoch mit sich, dass er sich analog seiner Dienststellung mehreren NS-Organisationen anschließen musste ohne dabei selbst in irgendeiner Form aktiv zu werden. Er wurde 1934 Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) sowie förderndes, passives Mitglied der Schutzstaffel der NSDAP (SS) und er schloss sich der Nationalsozialistische Kulturgemeinde (NSKG) sowie dem Reichsbund der deutschen Beamten (RDB) an. Im Alter von 57 Jahren verstarb Knutzen am 11. Mai 1938 an den Folgen einer Tuberkuloseerkrankung. Einstufung: Knutzen war kein NS-Unterstützer. Seine NS-Mitgliedschaften waren obligatorisch und seiner Stellung im Staatsdienst geschuldet.



Der adlige **Constantin Bock von Wülfigen (1885-1954)** wurde 1932 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), bekannte sich allerdings auch zu seinen welfischen Wurzeln. Bereits während des Kapp-Putsches 1920 trat seine reaktionäre und antirepublikanische Haltung zu Tage. Der promovierte Jurist und Verwaltungsbeamte wurde am 10. April 1933 zum Landrat des Kreises Stormarn berufen. Seine Amtszeit war geprägt von Auseinandersetzungen mit dem Kreisleiter der NSDAP, Erich Friedrich, der von Beginn an gegen ihn intrigierte, sowie von einer anhaltenden finanziellen Misswirtschaft. All diese Faktoren führten zu seiner Absetzung im Mai 1937. Am 20. Juni 1937 beantragte er die Aufnahme in die NSDAP. Bock von Wülfigen kam noch im selben Jahr im hamburgischen Staatsdienst unter und stieg zum Regierungsvizepräsidenten auf. Im Juni 1945 wurde er von den Briten

interniert. Während seines Entnazifizierungsverfahrens konnte er glaubhaft darstellen, dass er nur *formelles SS-Mitglied* war - wobei er seinem Verwaltungsrang entsprechend bis zum SS-Obersturmbannführer aufstieg - und nur auf Drängen des Reichstatthalters Hamburgs die Aufnahme in die SS beantragt hatte. Ebenso wurde seine einfache Mitgliedschaft in der NSDAP anerkannt, da er sich weder in der SS noch in der Partei aktiv engagierte. Er wurde 1946 in Kategorie IV (Mitläufer) eingestuft und 1950 erfolgte seine komplette Rehabilitierung (Kategorie V). Das 1949 gegen ihn durchgeführte Spruchgerichtsverfahren führte zu einer Geldstrafe, die jedoch durch die Internierungszeit als verbüßt galt. Trotz vieler Auseinandersetzungen mit NS-Funktionären, trotz seines sporadischen Einsatzes für NS-Gegner und für die kampflose Übergabe Hamburgs an die britischen Truppen ist Bock von Wülfigen als Unterstützer des NS-Regimes einzustufen.



Während des Jura-Studiums engagierte sich **Erich Keßler (1899-1989)**, der 1921 promovierte, in der nationalliberalen Deutschen Volkspartei. 1926 wurde er Vertreter des Landrats des Kreises Pinneberg, Nienberg (SPD), zu dem er auch privat ein besonders gutes Vertrauensverhältnis aufbauen konnte. Im Sommer 1932 - Keßler war seit Januar 1932 in Königsberg tätig -, wählte ihn der Kreistag mehrheitlich zum neuen Landrat. Nur NSDAP und KPD stimmten dagegen. Das preußische Staatsministerium verweigerte jedoch sein Versetzungsgesuch. Im April 1933 wurde er Vertreter des Polizeipräsidenten in Wuppertal und ging energisch gegen marodierende SA-Einheiten vor, was nach nur drei Monaten seine Versetzung zurück nach Königsberg zur Folge hatte. Gegenüber dem dortigen Oberpräsidenten und Gauleiter Erich Koch stand er stets in einem kritisch-gespannten Verhältnis, obwohl Keßler dem

sogenannten elitären Königsberger Kreis angehörte, dessen Ratschläge und Visionen Koch sehr schätzte. Am 1. Mai 1933 trat er der NSDAP bei ohne jemals ein Parteiamt bekleidet zu haben. Im Januar 1934 wurde er Regierungsvizepräsident in Gumbinnen. Wegen *Verhinderung der NS-Durchdringung der Beamtenschaft* und weiterer 19 Anklagepunkte durch die NSDAP verlor er seine Anstellung und wurde in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Im März 1937 konnte er als Landrat des Kreises Stormarn in den Staatsdienst zurückkehren, was jedoch einer Degradierung gleichkam. Auch dort geriet er mit der NSDAP in heftigste Konflikte. Durch gute Kontakte im Reichsministerium konnte er 1940 seine Versetzung nach Kattowitz unter Ernennung zum Regierungsvizepräsident erwirken. Keßler diente damit in einem Regierungsbezirk, in dem in den kommenden Monaten und Jahren der alltägliche Massenmord an Juden und Gegnern des NS-Regimes vollzogen werden sollte, denn unweit seiner Dienststelle befand sich das KZ Auschwitz. Keßler stand seit 1933 in enger Freundschaft zum stellvertretenden Oberpräsidenten Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, der als Widerstandskämpfer und Beteiligter am Attentat vom 20. Juli 1944 gegen Hitler in Plötzensee gehenkt wurde. Schulenburg weihte Keßler bereits 1942 in den Umsturzplan ein und sorgte für dessen Zugang zum Widerstandskreis sowie dessen Mitarbeit. Einer Internierung entging Keßler nach der Kriegsniederlage zwar nicht, doch wurde er als Mitarbeiter der Lagerleitung eingesetzt. Der Entnazifizierungsausschuss des Kreises Pinneberg entlastete Keßler. Ab Oktober 1949 wurde er Mitarbeiter des Bundesministeriums des Innern in Bonn. Keßler ist als aktiver NS-Gegner einzustufen.



Der Sohn eines Landrichters, **Rolf Breusing (1910-2004)**, nahm 1928 ein Studium der Rechtswissenschaften auf. Am 3. November 1933 erfolgte seine Ernennung zum Regierungsreferendar und seine Große juristische Staatsprüfung bestand er am 7. Mai 1936. Er wurde in der preußischen Verwaltung eingesetzt. Kurz nach seinem 20. Geburtstag trat Breusing als Student am 1. Dezember 1930 der NSDAP bei. Wirtschaftliche, politische und ideelle Faktoren hatten ihn zu diesem Entschluss bewogen. Außerdem wurde er 1933 Mitglied der SS, wobei er noch 1947 während seines Entnazifizierungsverfahrens nichts Verwerfliches an seiner SS-Zugehörigkeit sah. In Partei und SS übernahm er kurzzeitig kleinere Funktionärstätigkeiten. Außerdem erfolgten die obligatorischen Beförderungen in der SS analog zu seinem Aufstieg als Verwaltungsbeamter, so dass er am 1. April 1939 zum Regierungsrat und im September 1939 zum SS-Untersturmführer ernannt wurde. Bereits im August 1939 wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Im August 1940 wurde verfügt, dass Breusing – er war erst 30 Jahre alt – die Geschäfte des Landratsamtes Stormarn übernehmen sollte. Als Landrat ließ er sich als Berichterstatter vom Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD) anwerben. Nach kurzer Amtszeit kam es zu Auseinandersetzungen mit der Kreisleitung der NSDAP. Im August 1942 wurde Breusing erneut zur Wehrmacht eingezogen, blieb aber bis Kriegsende amtierender Landrat in Stormarn. In der Wehrmacht wurde er NS-Führungsoffizier und war damit für die politisch-weltanschauliche Erziehung der Wehrmachtsangehörigen in seinem Zuständigkeitsbereich verantwortlich. Bei Kriegsende ging Breusing in Mecklenburg in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Er wurde den Briten übergeben und im ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme interniert. Breusing musste sich 1948 vor dem Spruchgericht Bergedorf verantworten und wurde u.a. zu drei Monaten Haft verurteilt, die durch die Internierungszeit als verbüßt galt. Vom Fachausschuss zur Entnazifizierung in Hamburg wurde er 1948 in die Kategorie IV (Mitläufer) eingereiht. Im Jahre 1951 wurde seine Einstufung in Kategorie V (Entlasteter) abgemildert. 1952 wurde Breusing Vertreter des Landrats des Kreises Segeberg und war von 1956 bis 1975 geschäftsführendes Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landkreistags. Breusing hinterlässt ein ambivalentes Bild. Er zeichnete sich als Technokrat aus, der sich strikt dafür einsetzte, dass der staatliche Verwaltungsapparat möglichst unabhängig vom Einfluss von Parteifunktionären bleiben sollte. In seiner Funktion als NS-Führungsoffizier trug er in der Wehrmacht allerdings zur Ideologisierung der Truppe bei und stützte damit das NS-Regime. Auffallend ist außerdem, dass er nach dem Krieg die Taten des NS-Unrechtsregimes sowie die der dazugehörigen NS-Organisationen herunter zu spielen versuchte. Er gab sich übertrieben ahnungslos und übte keine Selbstkritik hinsichtlich seiner NS-Verstrickung.

Der Jurist **Friedrich Karl von Lamprecht (1891-1960)** stand politisch bis 1933 fest hinter konservativ-nationalen Kräften. Bereits 1912 schloss er sich der Deutschkonservativen Partei an, die Partei, die Otto von Bismarck über Jahrzehnte geprägt hatte. Nach der Weltkriegsniederlage schloss sich Lamprecht der frisch gegründeten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) an. Am 1. Mai 1933 trat er der NSDAP bei und zählt damit zu der Gruppe der sogenannten Märzgefallenen, die sich zumeist aus opportunistischen Gründen um Aufnahme in die NSDAP bewarben. In der Partei bekleidete er die Ämter des Kreisschulungsleiters und des Kreiswirtschaftsberaters im Kreis Husum, wo er seit September 1933 als Landrat tätig war. Zunächst pflegte er ausgesprochen gute Kontakte zur Kreisleitung der NSDAP und schützte den Kreisleiter, als gegen diesen von Seiten der Gestapo ermittelt wurde. Später überwarf er sich mit der Kreisleitung, so dass er im Juni 1936 nach Itzehoe versetzt wurde und dort Geschäfte des Landrats übernahm. Auch dort folgten Auseinandersetzungen mit der NSDAP, insbesondere durch Personalentscheidungen von Lamprecht. In diesem Fall hatte dieses die Absetzung des Kreisleiters zur Folge. Von August 1942 bis Juni 1943 musste Lamprecht zusätzlich vertretungsweise den Kreis Stormarn führen. Trotz Einmarsches der britischen Truppen blieb er zunächst Landrat. Erst am 25. Mai 1945 wurde er ersetzt, wobei er bis August 1945 weiterhin als Berater des Landrats fungierte. Vom Entnazifizierungsausschuss wurde er 1947 in die Kategorie IV (Mitläufer) ohne Vermögenssperre eingestuft. Seine völlige Rehabilitierung erfolgte im November 1949 mit der Einstufung in Kategorie V (Entlasteter). Fazit: Lamprecht kann nicht als aktiver Unterstützer des NS-Regimes angesehen werden. Er war ein Verwaltungsbeamter, der in den

verschiedenen Epochen all seinen Dienstherrn loyal zur Seite stand. Seine NS-Mitgliedschaften waren seiner Dienststellung als Landrat geschuldet.



Generaladmiral **Rolf Carls (1885-1945)** begann im Jahre 1903 als Seekadett seine Karriere in der Kaiserlichen Marine. Im Ersten Weltkrieg war er auf verschiedenen Schiffen stationiert und nahm an mehreren Gefechten teil. Die Weltkriegsniederlage erlebte er als U-Bootkommandant. In den Nachkriegswirren schloss auch er sich einem Freikorps an und befehligte Grenzschutzeinheiten bei Kämpfen in Oberschlesien. Er gehörte zu den wenigen Offizieren, die in die neugegründete Reichsmarine der Weimarer Republik übernommen worden waren. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde er im Oktober 1933 Chef des Stabes des Flottenkommandos und am 1. April 1934 Konteradmiral und Befehlshaber aller deutschen Linienschiffe. Im Jahr 1936 erfolgte ein weiterer Aufstieg, denn er wurde Kommandeur der deutschen Seestreitkräfte, die zur Unterstützung Francos im Spanischen

Bürgerkrieg eingesetzt wurden. 1937 erfolgte seine Beförderung zum Admiral und Flottenchef der Kriegsmarine. In dieser Funktion war er 1939/40 maßgeblich an der Planung und Umsetzung des Unternehmens Weserübung zur Besetzung Dänemarks und Norwegens beteiligt. Für seine Verdienste wurde er mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet und zum Generaladmiral erhoben. Im Jahre 1943 war er kurzzeitig als Oberbefehlshaber der Kriegsmarine im Gespräch. Doch als er zum 31. Mai 1943 die Dienstaltersgrenze als Marineoffizier erreicht hatte, bat er um seine Versetzung in den Ruhestand. Gleichzeitig wurde er auf eigenen Wunsch mit der kommissarischen Übernahme der Geschäfte des Landrats des Kreises Stormarn betraut und trat am 1. Juni 1943 der NSDAP bei. Im August 1944 wurde er durch den Regierungspräsidenten wegen der Unterlassung des *Deutschen Grußes* im amtlichen Schriftverkehr gemäßregelt. Er kam beim Bombenangriff auf Bad Oldesloe am 24. April 1945 ums Leben. Als Marineoffizier stand er all seinen Dienstherrn loyal gegenüber ohne politisch in Erscheinung zu treten. Eine direkte Beteiligung an Kriegsverbrechen konnte Carls nicht nachgewiesen werden. Er war jedoch an der operativen Planung von Angriffskriegen beteiligt und hat somit die Expansionspolitik des NS-Regimes aktiv unterstützt.

„**Regierungsdirektor Kock**“. Kurz vor Kriegsende, im April 1945, wurde ein „Regierungsdirektor Kock“ nach Bad Oldesloe entsandt, um die Geschäfte des Landrats kommissarisch zu führen. Doch wer war dieser „Regierungsdirektor Kock“? Dass ein „Regierungsdirektor Kock“ kurzzeitig in Stormarn tätig war, ist nachweislich belegt. Auch der spätere Landrat Wennemar Haarmann erwähnte den „Schleswiger Regierungsdirektor Kock“ in seinen Erinnerungen. Es lag die Vermutung nahe, dass es sich dabei um den promovierten Verwaltungsjuristen Dr. Franz Kock, geboren am 24. Dezember 1901 in Schönberg, Schleswig-Holstein, gehandelt haben könnte. Doch die gesichteten Akten zu Dr. Franz Kock können diese Vermutung nicht bestätigen, geben sogar Gegenteiliges wieder. Nach heutigem Quellenstand ist es leider daher nicht möglich, abschließend zu urteilen, welcher „Regierungsdirektor Kock“ im April/Mai 1945 für zwei Wochen die Geschäfte des Landrats kommissarisch geführt hatte.

Der Landwirtsohn **Wilhelm Paasche (1913-1997)** schlug 1933 die Juristenlaufbahn ein und bestand 1942 die Große juristische Staatsprüfung. Bereits seit 1931 engagierte er sich im NS-Schülerbund und stieg innerhalb von 2 Jahren zum Unterbannführer auf. Am 1. April 1933 trat er der NSDAP bei und wurde im selben Monat in der Unterabteilung Ostland des Amtes für Agrarpolitik in der Reichsleitung der NSDAP tätig. Außerdem wurde er direkt in der Reichsjugendführung der NSDAP unter Baldur von Schirach in München eingesetzt, engagierte sich im SA-Studentensturm sowie im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund. Es folgten weitere NS-Ämter bis hin zum Leiter der Organisationshauptstelle der Reichsstudentenführung der NSDAP ab Januar 1938. Als Soldat wurde er 1943 schwer verwundet. Da er weiterhin im Kriegsdienst stand, erfolgten die obligatorischen Beförderungen im Staatsdienst. Als Hauptmann der Reserve wurde er am 1. April 1945 aus der Wehrmacht entlassen und der Kreisverwaltung Stormarn als Mitarbeiter zugewiesen. Die Britische Militärregierung setzte den versierten Juristen am 5. Mai 1945 als kommissarischen Landrat und

später als Oberkreisdirektor ein. Es wurde jedoch versäumt, den lokal völlig unbekanntem Paasche auf seine NS-Vergangenheit zu prüfen und Paasche verstand es, diese Thematik geschickt zu umgehen und seine Vergangenheit zu verharmlosen. Als seine Mitgliedschaft in der NSDAP bekannt wurde, entthob die Militärregierung Paasche am 1. März 1946 seines Amtes. Noch 1948 gelang es ihm seine NS-Verstrickung herunterzuspielen und den Entnazifizierungshauptausschuss zu täuschen, so daß er in die Kategorie V (Entlasteter) eingereiht wurde. Wilhelm Paasche ist eindeutig als aktiver Nationalsozialist und Profiteur des NS-Regimes einzustufen.

Heinrich Eckholdt (1870-1947) diente zur Jahrhundertwende zehn Jahre bei den kaiserlichen Schutztruppen in Deutsch-Südwest-Afrika. Im Jahre 1902 trat er vom Militär ab und arbeitete fortan als Kaufmann in Übersee. Die Weltkriegsniederlage Deutschlands konnte Eckholdt nie verwinden, so dass er sich für die Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Kolonien einsetzte. Im Jahre 1924 machte er sich als Großhändler in Lübeck selbstständig und wurde im selben Jahr als Kandidat der Deutschen Demokratischen Partei in die dortige Bürgerschaft gewählt. 1926 wurde er Senator. Zur sozialdemokratischen Fraktion pflegte er enge Kontakte und arbeitete mit dieser zusammen. Außerdem engagierte er sich lokal führend für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. 1933 erfolgte seine Absetzung, wobei ihm auf dem *Gnadenwege* ein Ruhegehalt anerkannt wurde. Nach weiteren Repressalien durch die Nationalsozialisten verließ er Lübeck und zog in die Nähe von Berlin. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kehrte er 1945 nach Lübeck zurück. Er wurde Mitglied der CDU und im Januar von der Britischen Militärregierung zum Kreistagsmitglied des Kreises Stormarn ernannt und von den Kreistagsmitgliedern im Februar 1946 zum ehrenamtlichen Landrat gewählt. Bei den ersten freien Kreistagswahlen im Oktober 1946 verloren die Bürgerlichen ihre Mehrheit und der Sozialdemokrat Wilhelm Siegel löste Eckholdt als Landrat ab.



Die Gemeinde Großhansdorf ernannte Siegel 1965 zum Ehrenbürger.

Der Pädagoge **Wilhelm Siegel (1890-1977)** war von 1919 bis 1923 Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Nach seinem Austritt aus der KPD blieb er bis 1945 parteilos. Im Jahre 1933 wurde Siegel kurzzeitig als Lehrer/Rektor suspendiert, konnte aber wieder in seinen Beruf zurückkehren. Als aktiver NS-Gegner tat er sich nicht hervor, auch wenn er das Regime ablehnte. Im Jahre 1945 trat er der SPD bei. Siegel wirkte ab 1945/46 in leitender Funktion bei den beginnenden Entnazifizierungen im Kreis Stormarn mit. Im Oktober 1946 zog er als Abgeordneter in den Kreistag des Kreises Stormarn ein und wurde zum ehrenamtlichen Landrat gewählt. Dieses Amt bekleidete er von April 1950 bis April 1956 hauptamtlich. Von 1947 bis 1967 gehörte er dem Schleswig-Holsteinischen Landtag an und war von August 1949 bis September 1950 Minister für Volksbildung (Kultusminister).



Der Jurist **Klaus von der Groeben (1902-2002)** durchlief ebenfalls die Ausbildung zum Verwaltungsbeamten. Im Jahr 1932 wurde er zur Dienststelle des Kommissars für Osthilfe nach Königsberg versetzt. Dort trat er am 1. März 1932 der NSDAP bei. Auch er gehörte einer elitären Interessengemeinschaft, dem sogenannten Königsberger Kreis, an und genoss damit das Wohlwollen des Gauleiters Erich Koch. Im Juli 1936 trat Groeben die Landratsstelle des Kreises Königsberg (später Kreis Samland) an. Auf Drängen des Gauleiters Koch übernahm er im selben Monat die Funktion eines Kreisamtsleiters für Kommunalpolitik in der NSDAP. Ohne von seiner Dienststellung als Landrat entbunden zu werden, wurde er nach dem Angriff auf die Sowjetunion von Februar 1940 bis August 1942 als Referent im Hauptstabe des Reichskommissars der Ukraine in Rowno (Rivne) eingesetzt. Dort erfuhr er Details über Massenexekutionen an Juden durch SS-Einheiten, die er scharf verurteilte, daraufhin seine Versetzung beantragte und nach Königsberg zurückkehrte. Der nach dem Krieg internierte Groeben musste sich 1947 einem Spruchgerichtsverfahren stellen. Marion Gräfin von Dönhoff, die seit 1940 dem Widerstandskreis des Attentats vom 20. Juli 1944 angehört

hatte, setzte sich, ebenso wie weitere bekannte NS-Gegner, für die Entlastung des ehemaligen Landrats ein, den sie seit Jahren gut kannte. Dönhoff gab an, dass sie in Abstimmung mit Oberst Graf von Stauffenberg, Groeben um Mitarbeit bei dem bevorstehenden Umsturz bat und sich dieser sofort zur Verfügung gestellt haben soll. Gegen den ersten Schuldspruch des Spruchgerichts, der in seiner Funktion als Kreisamtsleiter begründet war, legte er erfolgreich Revision ein und wurde 1948 freigesprochen. Sein Entnazifizierungsverfahren endete 1949 mit Einreihung in Kategorie V (Entlasteter). Als Mitglied der CDU wurde er im April 1956 zum Landrat des Kreises Stormarn gewählt, doch bereits 1957 als Ministerialdirektor an das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein berufen. Im Jahre 1964 stieg er zum Staatssekretär auf und erhielt 1967 das Große Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Fazit: Groeben trat aus ideellen Gründen der NSDAP bei und hegte anfangs große Hoffnungen in die Partei. Er drängte nicht auf die Übernahme eines Parteiambtes, sondern der damals frisch ernannte Landrat wurde vom Gauleiter und Oberpräsidenten in diese Funktion gedrängt. Groeben entwickelte sich zu einem NS-Gegner mit Beteiligung am aktiven Widerstand gegen das NS-Regime.



Wennemar Haarmann (1914-1993), der Sohn eines Amtsrichters, nahm 1932 ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften auf. Im Juli 1932 wurde er Mitglied im paramilitärischen Stahlhelm-Studentenring Langemarck. Im Jahre 1933 trat er der Sturmabteilung der NSDAP und der nationalsozialistischen Deutschen Studentenschaft bei. Nach Beendigung des Studiums fand er 1936 Aufnahme in den preußischen Staatsdienst, wobei er noch im selben Jahr zur Wehrmacht eingezogen wurde. Im Januar 1943 wurde er zum Batteriechef einer schweren Flak-Einheit im Range eines Oberleutnants befördert. Nur für kurze Zeit geriet er in alliierte Kriegsgefangenschaft, so dass er ab dem 21. Juni 1945 als Angestellter bei der Stadtverwaltung Hagen arbeiten konnte. Im Januar 1948 erfolgte seine Entnazifizierung mit der Eingruppierung in die Kategorie V (Entlasteter). Von Mai 1950 bis Sommer 1957 führte er als Stadtdirektor die Verwaltungsgeschäfte von Lüdenscheid. Im Juni 1957 wählte ihn der Kreistag des Kreises Stormarn zum Landrat. Dieses Amt sollte er bis August 1975 bekleiden. Im Jahre 1963 wurde er mit der Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille des Landes Schleswig-Holstein ausgezeichnet. Haarmann war formelles Mitglied der NSDAP sowie der SA gewesen ohne sich als ein Unterstützer des NS-Regimes hervorzutun. Eine NS-Gegnerschaft oder Auseinandersetzungen mit NS-Funktionären ließen sich nicht nachweisen.

Henning K. Müller M.A.
12. Juni 2016

Ergänzt um Fotos der Landräte aus dem Kreisarchiv Stormarn.
Zu den Landräten Kock, Paasche und Eckholdt liegen keine Fotos vor.

Der vollständige Text der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Biografien der Stormarner Landräte zwischen 1919 und 1974 liegt als Buch vor: „Die Stormarner Landräte und der Nationalsozialismus“.

Es kann beim Kreisarchiv Stormarn für 15 Euro während der Öffnungszeiten erworben werden (dienstags 9.00-12.00 Uhr und 14.00-17.30 Uhr sowie Donnerstag 9.00-12.00 Uhr) oder zuzüglich Porto bestellt werden (kreisarchiv@kreis-stormarn.de).